Solidarity City Newsletter Nr. 3

Thema: **Wohnen** (mit und ohne Corona)

Liebe Leser*innen,

obwohl die Corona-Pandemie andauert, hat sich die Lage inzwischen wieder beruhigt und der Alltag hat sich etwas normalisiert. Dennoch bleibt die Frage, was die nächsten Monate bringen werden. Für unseren zivilgesellschaftlichen Einsatz für ein solidarisches Freiburg stellt diese Unsicherheit eine gewisse Hürde dar. Wir bleiben aber zuversichtlich und hoffen sehr, dass unsere zweite Solidarity-City-Konferenz, die ursprünglich für Juni geplant war, noch in diesem Jahr stattfinden kann. Geplant ist sie für November. Wir freuen uns bereits jetzt und hoffen, dass ihr zahlreich teilnehmen werdet!

In der Zwischenzeit werden wir weiterhin in unregelmäßigen Abständen themenbezogene Solidarity-City-Newsletter herausgeben. Nach den ersten beiden Ausgaben, in denen wir uns mit den Themen „Gesundheit“ und „Arbeit“ befasst haben, ist nun das Thema „Wohnen“ an der Reihe. Wir bedanken uns bei den vielen „wohnaktiven“ Gruppen und Einzelpersonen, die uns ihre wertvollen Beiträge zur Verfügung gestellt haben.

Als weitere Themen planen wir: **Polizei und Rassismus, Armut, Flucht und Migration, Pflege, Bildung, Kunst und Kultur, Umwelt und Klimaschutz, Rüstung** und weitere mehr. Schickt uns eure Links, eure Informationen und Beiträge!

Die Corona-Pandemie als Weckruf nutzen

Ein Beitrag der Antifaschistischen Linke Freiburg

Es scheint als würde Corona viele neue Probleme schaffen. Doch tatsächlich verschlimmert es Probleme, die schon vor dem Virus existiert haben und macht diese nochmal deutlich sichtbarer. Menschen, die schon vor dem Virus keine Wohnung hatten, haben auch jetzt keinen Rückzugsraum um ihre Gesundheit zu schützen. Menschen, die in Sammelunterkünften untergebracht wurden, mussten schon vor dem Virus auf engstem Raum miteinander leben und haben auch jetzt keine Möglichkeit sich zu distanzieren und sind somit einem besonders hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Schon in den letzten Jahren zahlten Menschen völlig überbezahlte Mieten. Durch die jetzigen Lohnausfälle werden Menschen endgültig in ihrer Existenz bedroht. Die Krise heißt nicht nur Corona, die Krise heißt auch kapitalistischer Wohnungsmarkt!

Wir von der Antifaschistischen Linken Freiburg kämpfen dagegen, dass Konzerne wie die Deutsche Wohnen, Vonovia und Co. von hohen Mieten profitieren während Mieter*innen ausgebeutet werden. Unser Gegenentwurf zur jetzigen Situation ist eine Stadt für alle. **Grundlage dafür ist die Vergesellschaftung von Wohnraum. Wir wollen Wohnraum für alle zu menschenwürdigen und lebenswerten Bedingungen, der demokratisch verwaltet wird.** Auf dem Weg dorthin gibt es bundesweite Initiativen wie die Mietenwahnsinn-Kampagne, doch auch lokal bei uns in Freiburg passiert viel. Zum Beispiel gibt es den Einwohner*innenantrag zum Mietstopp bei der Stadtbau, Besetzungen von leerstehenden Häusern, Zusammenschlüsse wie das Mietenbündnis oder Mieter*inneninitiativen.

Für uns als Antifaschistische Linke steht fest: **Die Vergesellschaftung von Wohnraum muss her.** Lasst uns den gegenwärtigen Ausnahmezustand als Weckruf nutzen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und langfristige Verbesserungen zu erkämpfen!

Lokal sind wir im Mietenbündnis aktiv, bundesweit sind wir Teil der interventionistischen Linken. Auch diese setzt sich für Enteignungen und eine Stadt der Vielen ein. Mehr dazu findet ihr in der neuen Broschüre: <https://kurzelinks.de/6v8h>

Wichtige Adressen in Freiburg

Wohnraum allgemein/Mietpolitik

Recht auf Stadt

Ein Netzwerk aus Gruppen und Einzelpersonen, die sich gegen Mietsteigerungen, Verdrängung und Privatisierung engagieren.
Adlerstr. 12, 79098 Freiburg
info@rechtaufstadt-freiburg.de

Freiburger Mietenbündnis

Mieterbewegung
www.mietenbuendnis-freiburg.de
info@mietenbuendnis-freiburg.de

WiM (Wohnen ist ein Menschenrecht)

Informationen über Aktionen und Mietenproteste in Freiburg
info@wohnen-ist-menschenrecht.de
www.wohnen-ist-menschenrecht.de

Interessengemeinschaft Metzgergrün

Aktiv für den Erhalt des Metzgergrün-Quartiers
www.metzgergruen.noblogs.org
interessengemeinschaft_metzgergruen@riseup.net

Mietshäuser Syndikat

Lokaler und überregionaler Projektverbund zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern / Rechtliche und finanzielle Beratung für Hausprojekte
Adlerstr. 12, Freiburg - Tel. 0761 281892
info@syndikat.org www.syndikat.org

Bauverein „Wem gehört die Stadt?“

Politische Arbeit und konkrete Bauprojekte
bauverein@wemgehoerdiestadt.org
www.wemgehoerdiestadt.org

Die WG (Wohnraum gestalten)

Kampagne zur Besetzung von leerstehenden Häusern
die-wg@riseup.net
die-wg-presse@riseup.net

Thema von Newsletters Nr. 4: **POLIZEI**
Mitmachen! Schickt uns eure Informationen!

Gewerkschafter*innen nehmen Stadt in die Pflicht

Ein vierseitiges Papier mit gewerkschaftlichen Positionen zum Thema „Wohnen“ in Freiburg hat der DGB-Stadtverband Freiburg gemeinsam mit der IG BAU im letzten Herbst herausgegeben. Beide sind Mitglieder im Freiburger Mietenbündnis, und mit Stadtverwaltung und Gemeinderatsfraktionen (außer der AfD) in Kontakt.

Sie sehen städtischen Handlungsbedarf in den Bereichen Baubranche, Mobilität, Stadtplanung und im Umgang mit Immobilieneigentümer*innen. Ihren Fokus legen sie auf ein sonst wenig beachtetes Problem im Themenkomplex Wohnen: Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Baubranche. **Sie fordern die Stadt auf, sich zu verpflichten, arbeitsrechtliche Standards bei der Vergabe von Bauaufträgen und Grundstücken einzuführen.**

Auch ökologischen Standards soll mehr Bedeutung zugemessen werden. Nahverkehr und Fahrradinfrastruktur sollen ausgebaut und Stadtviertel wieder mehr durchmischt werden.

Angesichts hoher Obdachlosenzahlen und langer Notfallisten vertreten sie das Konzept „Housing First.“ Die Bereitstellung von Wohnraum soll anderen Unterstützungsangeboten vorausgehen. Um den dafür notwendigen Raum zu akquirieren, empfehlen sie der Stadt:

„Prüfen Sie, ob dafür Teilenteignungen und Zwangsvermietungen bei Zweckentfremdung und Leerstand rechtlich möglich sind, um schnell Wohnraum für akute Notlagen zu gewinnen.“

Hier geht's zum Positionspapier:

<https://kurzelinks.de/tr0b>

Hinweise zum Newsletter!

Den Solidarity-City-Newsletter gibt es nur online. Die Newsletter enthalten zahlreiche Links, die zu weiteren Informationen führen. Dabei handelt es sich um Weiterleitungen zu Presseveröffentlichungen, Radioberichten, Gruppen, Beratungstermine und Weiterem mehr. In diesem Newsletter sind die Links (Weiterleitungen) in der Regel **blau markiert**.

Mieterbewegung: Eine Einschätzung

Das Mietenbündnis Freiburg nimmt zu den Ergebnissen der Gemeinderatssitzung vom vergangenen 26. Mai Stellung.

Vorab: Wir können die Ergebnisse der Sitzung vom 26. Mai 2020 getrost als einen Riesenerfolg der Freiburger Mieterbewegung feiern.

- Seit Jahrzehnten haben wir gefordert, dass die wichtigen mietenpolitischen Entscheidungen nicht vom Aufsichtsrat der Stadtbau in geheimer Sitzung, sondern in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat entschieden werden müssen – gestern so beschlossen!

- Seit Jahrzehnten fordern wir die Rücknahme des unsäglichen Beschlusses, dass die Stadtbau bei ihrer Mietgestaltung bis an die Grenzen des Mietspiegels gehen soll – gestern so beschlossen.

Auch die Entscheidung, dass in der Gesamtheit die FSB Mieten **25% unter denen des Mietspiegels** liegen sollen, ist gegenüber der vorherigen Praxis ein Riesenerfolg. Dennoch ist die Berechnung falsch und das Festhalten einer Orientierung am Mietspiegel ebenfalls. So wirklich zufrieden können wir hier nicht sein, eine Verbesserung zum vorherigen Zustand ist es allemal.

Schließlich ist der „Sozialbonus“, der besagt, dass jemand, der einen Wohngeldantrag stellt und dessen Miete bei einer **Mieterhöhung mehr als 30% seines Einkommens** ausmachen würde, von einer Mieterhöhung ausgenommen wird, im Prinzip eine gute Sache und etwas, das vom Mietenbündnis im Prinzip seit jeher gefordert wird. Schade, dass auch hier die Höhe nicht ausreichend ist, die Berechnung und das Verfahren unausgegoren sind und dieser Beschluss alternativ zum Mietpreismoratorium unseres Einwohnerantrags gestellt wurde. Für einige der Ärmern ist diese Entscheidung sicherlich sehr positiv. Allerdings: Dies ist kein Beitrag gegen die Mieterhöhungsspirale in unserer Stadt, diese läuft munter weiter.

Auch der Beschluss, dass die Stadtbau nun 75% Mietwohnungen bauen soll und **nur noch 25% Eigentumswohnungen**, statt 60:40 wie bisher, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

In Anbetracht der Tatsache, dass tatsächlich von der FSB in den nächsten 10 Jahren nur 2.500 neue Wohnungen gebaut werden (und dafür gut die Hälfte abgerissen wird, sodass es nur eine Nettoerhöhung von ca. 1.200 Wohnungen geben wird, in 10 Jahren!), während wir 10.000, ja eher 20.000 neue Mietwohnungen brauchen, ist jede Mietwohnung, die zugunsten einer Eigentumswohnung nicht gebaut wird, eigentlich ein Skandal. Und 250 neue Wohnungen pro Jahr (bei viel Abriss!) als **Mietbau-Offensive** zu bezeichnen, zeigt, dass die Gemeinderatsmehrheit immer noch nicht begriffen hat, wie ernst die Lage und die Wohnungsnot sind.

Erwartungsgemäß sind wir in der Frage des Einwohnerantrages gnadenlos gescheitert. Nicht einmal „Hilfsanträge“ von EineStadtFürAlle und JUPI, **wenigstens eine kürzere Verlängerung des Mietstopps** zu beschließen, fand eine Mehrheit. Für unseren Einwohnerantrag stimmten nur 6 Vertreter von EineStadtFürAlle (Monika Stein war entschuldigt nicht anwesend), ALLE anderen Gemeinderät*innen haben den Einwohnerantrag abgelehnt! Dies liegt sicher auch daran, dass wir es nicht geschafft haben, insbesondere der SPD zu vermitteln, dass ihr „Sozialbonus“-Konzept und der Einwohnerantrag sich hätten ergänzen müssen und nicht alternativ gegenübergestellt.

Dennoch glaube ich, dass es richtig war, diesen Einwohnerantrag zu stellen. Es ist gut und wichtig, dass der Gemeinderat sich - und zwar **auf Druck der Betroffenen** hin - mit dem Thema beschäftigen musste. Und mittelfristig wird auch der Auftritt des Mietenbündnisses vor dem Gemeinderat (positive) Wirkung hinterlassen. Die tollen Redebeiträge von Markus (IG BAU) und Melanie (FSB-Mieterbeirat) werden nicht deshalb vergessen sein, weil unser Antrag keine Mehrheit fand. Unsere Argumente, sachlich und überzeugend, aber auch mit viel Herzblut und Empathie vorgetragen, werden in vielen Köpfen weiterwirken. Markus und Melanie, Euch beiden einen ganz herzlichen Dank, Ihr habt das Mietenbündnis toll vertreten!

Vom Haftraum in die Freiheit: Wohin nach dem Gefängnis?

Der Bezirksverein für soziale Rechtspflege bietet Haftentlassenen übergangsweise ein Dach überm Kopf. Die Mitarbeiterin Anja Bürkle stellt die Einrichtung und ihr Angebot vor.

Das Vollrath-Hermisson-Haus ist eine Anlauf- und Beratungsstelle für Gefangene und Haftentlassene, die hauptsächlich aus der Justizvollzugsanstalt Freiburg kommen. Orientiert am Prinzip der durchgehenden Betreuung ist es Ziel der Arbeit, diesen Personenkreis durch ein umfassendes Angebot von Integrationshilfen auf dem Weg zu einem selbstständigen und eigenverantwortlichen Leben ohne Straftaten zu unterstützen.

Ein großer Risikofaktor ist hierbei allerdings die Wohnsitzlosigkeit, mit der viele Haftentlassene nach ihren Haftstrafen zu kämpfen haben. Lange Haftstrafen haben dazu geführt, dass die Arbeitsstelle, der Wohnraum oder der Kontakt zu Familie oder Freunden verloren ging.

Deshalb ist neben der Beratung zu psychosozialen, finanziellen und materiellen Angelegenheiten die **Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche ein wichtiger Bestandteil** unserer Arbeit.

Das Hauptanliegen der Menschen, die sich an uns wenden, ist in der Regel nämlich die Anfrage nach einem Platz zum Wohnen. Da es für diese Personengruppe extrem schwierig ist, Wohnraum zu finden, stellen wir übergangsweise insgesamt 24 Wohnplätze zur Verfügung. Ein Teil der Zimmer befinden sich direkt in unserer Einrichtung, die übrigen haben wir über die Freiburger Stadtbau angemietet. Die Wohnbereiche sind durchgehend ausgelastet, freie Plätze werden in der Regel sofort wieder neu vermietet.

Die Corona-Pandemie hat daran nichts Wesentliches geändert. Nach wie vor finden unsere Bewohner nur in seltenen Fällen schnell eine eigene Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt. Dies hängt zum einen mit der schwierigen Wohnraumversorgung in der Stadt zusammen und zum anderen mit der Stigmatisierung, mit der unsere Klientel zu kämpfen hat. Deshalb müssen wir oftmals an die Freiburger Wohnungslosenhilfe oder andere Einrichtungen mit Wohnmöglichkeiten weiterverweisen.

Da Integration aber nur gelingen kann, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies zulassen, hoffen wir, dass auch die **Vermieter*innen auf dem freien Wohnungsmarkt offener werden für Menschen, die einen Neuanfang wagen und brauchen und der soziale Wohnungsbau in Freiburg vorangetrieben und verfestigt wird.**

Wohnraum für Haftentlassene | Bezirksverein für soziale Rechtspflege

Anlaufstelle und Wohnprojekt für Haftentlassene, Brombergstr. 6, Freiburg, Tel. 0761 701132
info@bezirksverein-freiburg.de , www.bezirksverein-freiburg.de

Selbstorganisierte Hausprojekte

Das 3HäuserProjekt, ein Projekt des Mietshäuser Syndikats, stellt sich vor.

Im Freiburger Neubaubiertel Gutleutmatten haben wir drei Mietshäuser mit insgesamt 45 barrierefreie Wohnungen für etwa 130 Menschen geschaffen, die seit April 2018 komplett bezogen sind.

Vielfältig und eigenständig sind die drei Hausprojekte **Luftschloss, LAMA und schwereLos**. Zusammengearbeitet haben wir trotzdem in den verschiedenen Bereichen, wie Öffentlichkeitsarbeit oder Verhandlungen mit Banken. Auch haben wir gemeinsam ein Architekturbüro gewählt, das die drei Häuser geplant hat, und teils auch dieselben Baufirmen. Dadurch konnten wir Energie und Kosten sparen.

In jedem Haus haben Menschen mit Fluchterfahrung eine Wohnung und ein Zuhause gefunden. Im Haus schwereLos gibt es zudem eine betreute Wohnung für Menschen mit Psychiatrieerfahrung und eine für ehemals obdachlose Frauen, denn Solidarität ist für uns kein leerer Begriff – wir wollen sie gemeinsam leben. Wir haben Gemeinschaftsräume für Plena, Feste und Events, wie z. B. Sonntagsbrunch, Kneipe oder Wohnzimmerkonzerte.

Gerade während der Corona-Pandemie hat sich die Solidarität in den Projekten bewährt: Gegenseitige Unterstützung, wie Einkaufen für besonders gefährdete Mitbewohner*innen oder gemeinsame Hausaufgabenbetreuung, haben viele im Projekt entlastet. Zusammen haben wir Regeln diskutiert, um die Bedürfnisse von denen zu achten, die sich vielleicht größere Sorgen gemacht haben als andere.

Und insgesamt haben alle sehr von dem Gefühl der Gemeinschaft profitiert – gerade in Zeiten der Isolation waren wir sehr froh, nicht in einem anonymen Mietshaus zu wohnen, sondern unser Leben selbst gestalten zu können.

Solidarity City plant im November 2020 eine 2. Solidarity-City-Konferenz, bei der wir mit vielen aktiven Freiburger Gruppen eine Solidarity-City-Charta Freiburg beschließen wollen.

Zur Wohnsituation von Geflüchteten in Freiburg: „Strukturelle“ Diskriminierung

In Freiburg leben aktuell mehr als 1.600 geflüchtete Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung in Sammellagern. Eine eigene Wohnung haben nur 500 Personen.

Beitrag von W.Schlecht

In Baden-Württemberg besteht ein sogenanntes „dreigliedriges Aufnahmesystem“ (Erstaufnahme, vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung in eine Wohnung).

Bei der Ankunft in Freiburg müssen geflüchtete Einzelpersonen bis zu 18 Monate in der sogenannten „Erstaufnahmeeinrichtung“ (EA) bleiben, Familien bis zu 6 Monate, in bestimmten Fällen auch länger. Nach der Erstaufnahme werden die Betroffenen, die sich im Asylverfahren oder in einem Duldungsstatus befinden, in die Stadt- und Landkreise in eine „vorläufige Unterbringung“ (kommunale Sammellager) verteilt. Dort bleiben sie in der Regel 24 Monate, bis es dann zu einer „Anschlussunterbringung“ (Wohnung) in einer Gemeinde kommt. **Alle unterliegen nach den Asylgesetzen dem Diktat der Wohnsitzverpflichtung.**

Viele Geflüchtete dürfen die Sammeleinrichtung nicht verlassen, so lange ihr Asylverfahren noch läuft, sie nur „geduldet“ sind, eine Abschiebung droht oder ihr Aufenthaltsstatus – sogar nach Jahren – noch nicht geklärt ist. **Das sind allein in Freiburg 531 geduldete Personen aus den Westbalkanstaaten.**

Falls die Eltern lediglich über eine Duldung

verfügen, bleiben Familien in einer Sammelunterkunft, obwohl ihre minderjährigen Kinder eine Aufenthaltserlaubnis haben, weil sich diese beispielsweise in einer Ausbildung befinden. In anderen Fällen leben Geflüchtete über viele Jahre in der Einrichtung, weil über keine Identitätspapiere verfügen, den Deutsch- oder Integrationskurs nicht bestanden haben. Weiterhin müssen Geflüchtete in den Sammelunterkünften bleiben, weil sie krank oder arbeitslos sind bzw. eine prekäre Arbeitssituation haben und das Geld zur Finanzierung einer eigenen Wohnung nicht ausreicht. Von den Menschen, die einer Arbeit nachgehen und in Sammellagern leben, erhebt die Stadt Freiburg Benutzungsgebühren. **2019 wurden hierfür 6.528.000 € eingenommen.**

Selbst anerkannte Geflüchtete haben oft Probleme, eine Wohnung zu finden: Zum einen hängt dies mit dem gravierenden Wohnungsmangel auf dem Freiburger Wohnungsmarkt zusammen, zum anderen mit den latenten oder offenen antiziganistischen und rassistischen Vorurteilen.

So müssen die Betroffenen unter Umständen mehrere Jahre unter sehr prekären, minimalistischen und ausgrenzenden Bedingungen leben. Dies obwohl jeder Mensch einen Anspruch auf einen angemessenen

Wohnraum hat. Auch Geflüchtete!

Vor allem aber leben die Menschen in den Massenlagern, weil es politisch so gewollt ist.

Viele dürfen nicht ausziehen, auch wenn sie eine andere Wohnmöglichkeit haben. Es fehlt weiterhin der politische Wille, sich stärker für die Schwächsten in der Gesellschaft einzusetzen. **Nach vierzig Jahren Sammellager in Freiburg ist es an der Zeit, die kommunale Flüchtlingspolitik zu hinterfragen.**

Ein Gutachten, das von der Stadt Freiburg 2003 in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Schluss, dass *„spätestens nach der Gewährung von Sachleistungen über 12 Monate (hinaus) die Menschenwürde verletzt ist“*. Bei Menschenrechten gibt es kein Ermessensspielraum. Zur Sachleistungsversorgung zählt auch die Unterbringung in Sammellagern. Sammellager sind Orte, an denen also die Menschenwürde und die persönliche Handlungsfreiheit verletzt werden und die körperliche Unversehrtheit nicht gewährleistet wird. Die Frage stellt sich, warum die Stadt noch immer an einer Sammelunterbringung festhält und sich nicht an den Ergebnissen des Gutachtens orientierte und aktuell eine EA in Freiburg bejaht?

Mieter*innen helfen Mieter*innen!

Eine Beratung der Corona Solidarität Freiburg zu den Themen Wohnen, Miete und Corona
wohnen@corona-solidaritaet.de

Mieterbund

Mieterpolitische Interessensvertretung / Beratung in Mietfragen / Mietrechtsschutz
www.mieterverein-regio-freiburg.de
info@mieterverein-regio-freiburg.de

Mieterring

Beratung in allen Fragen rund ums Mieten
<https://www.badischer-mieterring.de/>
kontakt@badischer-mieterring.de

Wohnungslose

OFF – Obdach für Frauen in Freiburg
Finanzielle Hilfe für Frauen in Wohnungsnot
info@off-freiburg.de
<https://www.off-freiburg.de/>

Ombudsstelle für Wohnungslose

Schwabentorring 2, Freiburg – Tel. 0761/ 21687-33
ofw-ombudsstelle@treffpunkt-freiburg.de
Ansprechperson: Dieter Purschke

Essenstreff

Schwarzwaldstr. 29, Freiburg
www.essenstreff-freiburg.de
info@essenstreff-freiburg.de

FREIEBÜRGER – Straßenzeitung

Engelbergerstraße 3, Freiburg - Tel. 0761/319 65 25
www.frei-e-buerger.de
redaktion@frei-e-buerger.de

Brotzeit e.V

Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen ohne Obdach
Ansprechperson: Roland Steyer
Tel. 0176 / 64303302

rasthaus Freiburg

Anlaufstelle für Geflüchtete und Menschen ohne geordneten Aufenthaltsstatus
Adlerstr.12. 79098 Freiburg
<https://www.rasthaus-freiburg.org/>
info@rasthaus-freiburg.org

Ferdinand-Weiß-Haus

Tagesstätte und Beratungsstelle (Diakonie)
Ferdinand-Weiß-Str. 9a, Tel. 283019

Freiburger StraßenSchule

Tagesstätte für junge Menschen der Straße Schwarzwaldstr. 101 - Tel. 4891956
freiburger.strassenschule@sos-kinderdorf.de

Pflasterstub'

Tagesstätte, Beratungsstelle und medizinische Ambulanz (Caritas)
Herrenstr. 6, Tel. 3191650
pflasterstub@caritas-freiburg.de

FAU-Freiburg

Beratung während der Pandemie nur digital und telefonisch. Schreibt eine Email an faufr-kontakt@fau.org
Wenn ihr eine Telefonnummer hinterlasst rufen wir gerne zurück.

FreiRaum – Die Tagesstätte

Tagesstätte für Frauen: Duschen, Wäschepflege, Nutzung der Küche zum Kochen, Schließfächer, postalische Erreichbarkeit, Zugang zu Telefon usw.
Schwarzwaldstr. 24, Freiburg – Tel. 0761-7075-260
<https://kurzelinks.de/0vud>

Living in a Box

Eine Publikation der BAfF e.V. zu den psychosozialen Folgen des Lebens in Sammelunterkünften für geflüchtete Kinder

In einer Untersuchung, die im vergangenen Mai veröffentlicht wurde, bringt die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer die Situation von geflüchteten Kindern auf den Punkt.

Sammelunterkünfte sind alles andere als kinderfreundliche Orte. Zu diesem Ergebnis kommen Jenny Baron, Lea Flory und Daniela Krebs, Autorinnen der Publikation *Living in a Box*: In den Sammelunterkünften seien Kinder „**einer bedenklich hohen Anzahl von Risikofaktoren ausgesetzt: Die räumliche Enge, die fehlende Privatsphäre, die regelmäßigen Ruhestörungen, das Beobachten von Abschiebungen und die schlechten Ernährungsbedingungen**“.

Auch Angst und bedrohliche Situationen seien Alltag in den Unterkünften. Diesen Belastungen stünden auf Grund von mangelnden Angeboten kaum Schutzfaktoren gegenüber. Durch Flucht, Krieg und Verfolgung traumatisierte Kinder würden somit die erlittenen Traumata wieder durchleben: Gefühle wie Hilflosigkeit und Ohnmacht würden sich dadurch weiter verfestigen. Oft bleibt die psychische Beeinträchtigung der Kinder lange unerkannt. Für eine Stabilisierung der Lage von Traumatisierten

sind aber stabilisierende Bedingungen und frühzeitige Interventionen entscheidend. Durch die Corona-Pandemie haben sich die gravierenden Beeinträchtigungen, die mit der Unterbringung in Sammelunterkünften einhergehen, zugespitzt. Ein Grund mehr, um rasch zu handeln.

„Wir brachten [...] große Kartons mit, um mit den Kindern kleine Häuschen zu bauen. Sie sollten ihre Sehnsucht nach einem „sicheren Ort“ im Ansatz umsetzen können. Viele Kinder waren sofort dabei. Jedes Kind wollte sei eigenes Haus bauen. [...] Am Ende wollte jedes Kind sein Haus ins eigene Zimmer mitnehmen. Sie haben ihr Zuhause quasi in Sicherheit gebracht.“

Dringend empfohlen wird von der BAfF die regelmäßige Überprüfung der Unterbringungsbedingungen und die Gewährleistung von angemessenen räumlichen Bedingungen (d. h. die Alltagsstrukturen sollten ausreichend Platz bieten sowie Ruhe, Sicherheit, Hygienestandards und die Möglichkeit sozialer Interaktionen garantieren). Angebote und Ernährung müssten kindgerecht ausgestaltet werden. Unerlässlich sei auch eine umfassende und systematische medizinische und psychosoziale Betreuung, die in enger Zusammenarbeit

mit den Eltern und mit der Unterstützung von qualifizierten Sprachmittler*innen stattfinden soll. Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sollte möglichst früh der Zugang zu Kita, Schule und sonstigen Ausbildungseinrichtungen ermöglicht werden. Notwendig sei außerdem, dass in Schulen und Kitas geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung von Fachkräften umgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Empfehlungen der BAfF stehen auch Antidiskriminierungsmaßnahmen, denn geflüchtete Kinder und Jugendliche sind häufig Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt: Hier sei ebenfalls dringend Handlungsbedarf.

Zur Publikation bitte hier klicken:

<https://kurzelinks.de/p6sx>

Hilfe für Geflüchtete mit psychosozialen Belastungen in Form von Beratungs- und Koordinierungsgesprächen bietet Refugium Freiburg

Adelhauser Straße 8 · Freiburg · Tel. 0761 48 99 43 09 refugium@caritas-freiburg.de
Telefonische Anmeldung: Dienstag 14–17 Uhr und Donnerstag 9–12 Uhr

Mehr Transparenz trotz Kontaktbeschränkungen - Forderungen an die Stadt von der IG Metzgergrün!

Das Metzgergrün ist eine alte Arbeiter*innensiedlung aus den 1950er Jahren zwischen dem Stühlinger und Lehen. Sie soll, wie so viele andere Häuser dieser Bauweise, umgestaltet und neu gebaut werden.

Im Mai 2020 war die Offenlegung der Pläne durch die Stadt Freiburg angekündigt. Die IG Metzgergrün setzt sich für die rund 300 Bewohner*innen ein und möchte bei der Planung und Entscheidung auch ein Wörtchen mitreden.

Wenn man heute durch die Straßen geht, sieht man zahlreiche kämpferische Banner aus den Fenstern hängen, die verkünden "Wir bleiben hier", oder "Hände weg vom Metzgergrün". Die Häuschen sind zwei- bis dreistöckig, klein und vor allem alt - und dadurch das ungefähre Gegenteil von energieneutral. Klar könnte man hier auch eine top-of-the-arts Green City Siedlung hochziehen. Schade um die uralten Birken, die grünen Gärten, die Häuser, die das Zuhause von Menschen sind. Wie genau die Umgestaltung des Metzgergrün aussehen wird, was stehen bleibt, wer wohnen bleibt, welche Bäume gefällt und wessen Miete um wieviel steigt, steht noch nicht fest. Fest steht jedoch,

dass die Bewohner*innen zu über 80% nicht möchten, dass das Metzgergrün abgerissen wird. Am 30. April wendete sich die IG Metzgergrün an den Stadtrat, die Presse und die Stadtbau. Darin fordern sie mehr Transparenz.

Gerade in Zeiten von Corona, in denen Kontaktbeschränkungen die Arbeit von Initiativen und Politgruppen schwieriger machen, ist es wichtig, dass Termine von Sitzungen, Entscheidungen und deren Kommunikation offen und transparent gestaltet werden. Gerade auch von professionellen Institutionen muss das eingefordert werden, damit kleinere Gruppen, deren Organisations- und Vertreter*innenarbeit oft auf persönlichen Kontakten beruht, nicht ins Hintertreffen geraten.

Mit dem Schreiben fordern die Bewohner*innen ein, dass Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweg gefällt werden: Wohnen ist auch und vor allem Sache der Bewohner*innen. Bürgerschaftliche Beteiligung und das Fordern von Mitsprache ist Grundvoraussetzung für demokratisches und solidarisches Zusammenleben.

Weitere Informationen hier: <https://kurzelinks.de/2adh>

Fürs Wohnen auf die Straße

Am Samstag den 20. Juni fanden in Freiburg gleich mehrere Demos und Kundgebungen statt. Zwei davon beschäftigten sich mit dem in Freiburg besonders umkämpften Thema Wohnen.

Am Samstag den 20. Juni fanden in Freiburg gleich mehrere Demos und Kundgebungen statt. Zwei davon beschäftigten sich mit dem in Freiburg besonders umkämpften Thema Wohnen.

Bundesweit riefen unter dem Motto des diesjährigen Housing-Action-Day „Shut down Mietenwahnsinn – Sicherer Zuhause für alle“ stadt- und miethpolitische Gruppen dazu auf, auf die prekäre Situation vieler Mieter*innen aufmerksam zu machen, die sich durch die Corona-Krise zusätzlich verschärft hat. Man nutzte die neue Sichtbarkeit dieses Problems um herauszustellen, dass die in vielen Städten herrschende Wohnungsnot auf die zunehmende Ver-

marktlichung und Profitausrichtung des Immobiliensektors zurückzuführen ist. Das Recht-auf-Stadt-Netzwerk lud zu einer miethpolitischen Fahrradtour durch Haslach, Weingarten und den Stühlinger auf. Thema war unter anderem die Immobilienunternehmen Vonovia und Sauer Immobilien, die in Freiburg Gentrifizierungsprozesse vorantreiben. Verdrängung findet aber auch im öffentlichen Raum statt: Auf dem Stühlinger Kirchplatz wurde racial profiling kritisiert und der Verein Schwere(s)los sprach über die institutionelle Ausgrenzung Geflüchteter.

Nachhören könnt ihr die Redebeiträge hier: <https://kurzelinks.de/y302>

Die zweite Demo zum Thema Wohnen knüpft hier thematisch an: „Lager machen krank. Immer!“ war das Motto, unter dem die Gruppen LEAWatch und Aktion Bleiberecht auf die unhaltbare Situation in der Freiburger Landeserstaufnahmestelle (LEA) und auf das Lagersystem allgemein aufmerksam machten. Die Unterbringung von Geflüchteten in Lagern ist nicht nur eine besonders perfide Form institutioneller Ausgrenzung, sie ist auch gesundheitsschädlich für die Bewohner*innen – nicht nur in einer Pandemie. Doch in Corona-Zeiten werden Massenunterkünfte zu lebensgefährlichen Ansteckungsfallen.

Vierhundert Menschen demonstrierten abends unter anderem gegen die fehlende Verantwortungsübernahme von Bund und Ländern, die die Empfehlungen des

RKI zum Infektionsschutz für die von ihnen betriebenen Lager größtenteils ignorierten. Wie schnell hier Menschenleben leichtfertig auf Spiel gesetzt werden, zeigt sich etwa an den dreistelligen Infektionszahlen des Lagers in Ellwangen. Solidarity City

Weitere Adressen:

Zeit für Kinder

Menschen aus Freiburg engagieren sich für Kinder und Jugendliche aus dem Flüchtlingswohnheim in der Hammerschmiedstraße in Littenweiler
<https://zeitfuerkinder.wordpress.com/>
 Mailadresse: zeitfuerkinder.freiburg@yahoo.de

Initiative|SCHLÜSSELMENSCH e.V.

Kern der Arbeit ist die Vermittlung von Partnerschaften zwischen jungen Menschen, meist Studierenden, und geflüchteten Kindern/Jugendlichen, die in unserer Stadt leben. Darüber hinaus setzen wir uns politisch von der kommunalen bis zur Bundesebene für eine bessere Flüchtlingspolitik ein.
vorstand@initiative-schluesselmensch.org
<https://initiative-schluesselmensch.org/>

Projekt Zwischenraum | Our voice

<https://fairburg.de/zwischenraum/>

Lea watch und Kontakt Cafe

Lea watch setzt sich kritische mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Freiburg auseinander und organisiert in Kooperation mit dem Zwischenraum von Our Voice angeboten jeden 2. und 4. Donnerstag-Nachmittag im Monat in den Räumen der Schopfheimerstraße 5 ein Kontaktcafe (KoCa). (Wegen Corona zurzeit nicht!)
<https://leawatch.noblogs.org/>
lea_fr_watch@riseup.net

Freiburg hielt einen Redebeitrag über die jüngere Geschichte der ehemaligen Polizeiakademie, auf deren Gelände und in deren Gebäude sich die LEA heute befindet. Hier hatte nämlich noch 2015 die Basisinitiative Stadtquartier Schildacker (BISS) ein solidaarisches Wohnprojekt für Geflüchtete gemeinsam mit Menschen verschiedenster Hintergründe geplant. Die Stadt aber entschied sich für die LEA und entthob sich damit der Verantwortung, sich um eine dauerhafte Aufnahme Geflüchteter (bis auf wenige Ausnahmen) kümmern zu müssen.

Redebeitrag von Solidarity City:
<https://kurzelinks.de/tv9f>

Die Redebeiträge könnt ihr hier nachhören:
<https://kurzelinks.de/gwjc>